

Frau Dörte Lüdeking
Frau Jaana Eichhorn
Bundestutorat FSJ und BFD
Deutsche Sportjugend
Otto-Fleck-Schneise 12
60528 Frankfurt am Main

Berlin, 16.05.2013

Position „Freiwilligendienste stärken“

Sehr geehrte Frau Lüdeking,
sehr geehrte Frau Eichhorn,

haben Sie vielen Dank, dass Sie mir die Position der nicht-staatlichen Zentralstellen zur Bundestagswahl haben zukommen lassen. Als jugendpolitischer Sprecher und für die Freiwilligendienste zuständiger Berichterstatter erlaube ich mir, für die FDP-Bundestagsfraktion stellvertretend zu antworten.

Zuvorderst möchte ich meine Freude zum Ausdruck bringen, dass Sie die in dieser Legislaturperiode eingeleitete Freiwilligendienstreform als Teil der Erfolgsgeschichte der Freiwilligendienste ansehen. Gerade weil zu Beginn des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) noch von vielen Seiten ein Scheitern des neuen Freiwilligendienstekonzeptes prophezeit wurde, freut es mich, dass es mit der tatkräftigen Unterstützung der Zivilgesellschaft gelungen ist, dass sich nun fast 90.000 Menschen jährlich in einem Freiwilligendienst engagieren. Auch für Ihr Engagement, das den Erfolg dieses Konzepts ermöglicht hat, möchte ich Ihnen im Namen meiner Fraktion deswegen herzlich danken. Wir Liberale sind stolz darauf, dass sich unser politischer Einsatz für den Ausbau der Freiwilligendienste und der Verzicht auf die Wehrpflicht in einem so großen Erfolg auszahlt. Dass dabei - anders als im Zivildienst - beide Geschlechter und auf unser Drängen hin erstmals alle Altersgruppen eine Brücke zwischen Jung und Alt im Sinne des demografischen Wandels schlagen können, freut uns besonders.

Die FDP fühlt sich - wohl wie keine andere Partei - natürlich dem Subsidiaritätsprinzip verbunden; dies gilt auch für die Freiwilligendienste. Vor diesem Hintergrund können Sie sich darauf verlassen, dass die FDP die Rolle des BAFzA in der Umsetzung des BFD kritisch begleitet. Nicht umsonst haben wir uns von Anfang an für eine klarere Trennung von Zentralstellen- und Kontrollaufgaben des BAFzAs eingesetzt, was sich mittlerweile auch in der Organisationsstruktur der Behörde niederschlägt. Sie wissen, dass die enorme Förderung der Freiwilligendienste aber erst möglich wurde, weil wir mit dem BFD ein Format etabliert haben, das anders als die Jugendfreiwilligendienste auch in der Zuständigkeit des Bundes liegt. Eine Aufsichts- und Verwaltungsfunktion des Bundes ist daher notwendig. Allerdings ist für uns Liberale klar, dass das BAFzA nicht in Konkurrenz zur Zivilgesellschaft treten darf und sich in erster Linie als Dienstleister für die Zivilgesellschaft verstehen muss. Das Gleiche gilt für die Bildungszentren des Bundes, die sich an ihrer Qualität und der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft messen lassen müssen.



Florian Bernschneider

Mitglied des Deutschen Bundestages
Jugendpolitischer Sprecher der
FDP-Bundestagsfraktion

Auch daran sehen Sie: Die Qualität der Freiwilligendienste als Orientierungs- und Bildungsdienste liegt uns sehr am Herzen. Die wichtige Rolle der Träger erkennen wir an. Folgerichtig schließt das BFDG die Existenz von Trägern bewusst nicht aus. Ob und inwieweit eine Verankerung des Trägerprinzips im BFDG notwendig bzw. zielführend ist, wird unter anderem durch die Evaluation des BFD geklärt werden. Unser politischer Wille war und ist, dass all jene Einsatzstellen, die sich für die Übertragung bestimmter Aufgaben an Träger entscheiden, auch ein unbürokratischer Rahmen dafür vorfinden.

In der Frage, wie die Verwaltungs- und Bürokratiekosten für die Zivilgesellschaft gesenkt werden können, steht die FDP Ihnen für Gespräche selbstredend zur Verfügung. Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass unnötige Bürokratie gerade dort, wo vor allem ehrenamtliche Strukturen vorherrschen, unbedingt zu vermeiden ist. Zugleich müssen aber auch die Vorschriften der BHO beachtet werden, da die Freiwilligendienste mit insgesamt über 250 Millionen Euro p.a. in einem Maße vom Bund gefördert werden, das höhere Transparenz- und Nachweispflichten mit sich bringt als zu Zeiten, in denen der Bund nur einen Bruchteil dieser Mittel für die Freiwilligendienste zur Verfügung stellte. Die Kritik des Bundesrechnungshofs können wir dabei nicht ungeachtet lassen. Ich bitte Sie ferner zu bedenken, dass das Parlament und die darin vertretenen Fraktionen bei der Aushandlung der Fördervereinbarungen zwischen den Trägerorganisationen und den zuständigen Bundesbehörden gar nicht involviert sind bzw. waren.

Die aufgeführten Aspekte schmälern den enormen Erfolg der Freiwilligendienste keinesfalls. Aber sie erfordern unsere Aufmerksamkeit, um einen nachhaltigen Erfolg des Freiwilligendienstkonzepts zu gewährleisten. Deswegen sind wir als FDP-Bundestagsfraktion in den von Ihnen aufgeführten Diskussionsfeldern auch in Zukunft gerne Ihr Ansprechpartner. Sie können sich darauf verlassen, dass uns dabei stets daran gelegen ist, ein Dialog auf Augenhöhe zu führen. Ferner gehen wir davon aus, dass die Ergebnisse der Evaluation uns weitere wichtige Anhaltspunkte geben werden, wie der BFD als Bildungsdienst sinnvoll weiterentwickelt werden kann. Die Diskussion über eine umfassende Befreiung der Freiwilligendienste von der Umsatzsteuer wird die FDP in der kommenden Legislaturperiode offensiv führen; wir bedauern, dass der Bundesfinanzminister bisher nicht bereit war, von seiner Position abzuweichen.

Uns war es bei der Ausgestaltung unseres Freiwilligendienstkonzepts stets ein wichtiges Anliegen, dass die Freiwilligen selbst keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Dienstformen wahrnehmen: Bei den Urlaubsansprüchen, dem Taschengeld, den Einsatzzeiten oder der von uns erfolgreich durchgesetzten Einkommenssteuerbefreiung des Taschengeldes im FSJ/FöJ und BFD wird dies deutlich. Um auch für Einsatzstellen und Träger gleiche Rahmenbedingungen zwischen den Dienstformaten zu schaffen – ohne dabei die finanzielle Unterstützung des Bundes dem FSJ zu entziehen oder insgesamt zu senken – ist in der bestehenden Zuständigkeitsverteilung zwischen Bund und Ländern aus unserer Sicht nicht möglich. Sollte es in Zukunft zu einer Föderalismusreform kommen, sind die Freiwilligendienste sicher ein Punkt, über den es sich zwischen Bund und Ländern in Ihrem Sinne zu sprechen gilt.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Bernschneider